



Quelle: Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung - 19.2.1921

Antibürgerliche Wahlkarikatur der Sozialdemokratie, 1921

Frank Omland

„Gegen das System!“*

Zum Aufstieg der NSDAP bei den Wahlen in Schleswig-Holstein 1924–1933

Der Wahlkreis 13 des Deutschen Reiches – die preußische Provinz Schleswig-Holstein und der oldenburgische Landesteil Lübeck – wird landläufig als frühe und sehr erfolgreiche Hochburg der NSDAP beschrieben. Diese Bewertung relativiert sich jedoch unter Einbeziehung der ersten völkisch-antisemitischen Zweckbündnisse bei den Reichstagswahlen vom Mai und Dezember 1924: So stellte der Wahlkreis weder für die Deutsch-Völkische Freiheitspartei (DVFP) – hier angetreten als Völkisch-Sozialer Block (VSB) – noch für die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB) reichsweit eine Hochburg dar.¹ Im Gegenteil, man rangierte an 14. bzw. 18. Stelle der 35 Wahlkreise, und Mecklenburg, Franken, Oberbayern-Schwaben, Thüringen und Merseburg (Mai 1924) bzw. Mecklenburg, Franken, Ostpreußen, Thüringen und Weser-Ems (Dezember 1924) führten die Rangliste an. Während reichsweit die Hochburgen der DVFP im Kern in Agrarregionen lagen, war die Partei in Schleswig-Holstein insbesondere in den Kleinstädten mit 5.000 bis 10.000 Einwohnern erfolgreich und sprach insbesondere die antisemitischen Honoratioren vor Ort an.² Für die faktisch nur von einem Teil der Anhängerschaft der verbotenen NSDAP unterstützte NSFB galt im Dezember ähnliches, wenn auch auf niedrigerem Niveau.³

Schleswig-Holstein und die NSDAP im reichsweiten Vergleich⁴

Mit der Reichstagswahl 1928 verschob sich die regionale Verteilung der Hochburgen der NSDAP, so dass der Wahlforscher Jürgen Falter konstatiert: „Das Zentrum der NSDAP-Erfolge verlagerte sich zunehmend von Süden nach Norden und vor allem Nordosten, wo 1933 fast die Hälfte der Wahlberechtigten NSDAP wählte, während es im Westen und Süden des Reiches nur rund ein Drittel war.“⁵ Die NSDAP hatte dabei ihre größten Erfolge in „agrarischen Regionen mit evangelischer Bevölkerungsmehrheit und in überwiegend protestantischen Kleingemeinden“.⁶

Der Beginn dieser Entwicklung spiegelte sich bei den Reichstagswahlen 1928 auf Wahlkreis-Ebene nur sehr schwach wider. In Schleswig-Holstein errang die NSDAP mit 3,0 Prozent der Wahlberechtigten (Deutsches Reich: 2,0 %) Rang 7 von 35 Wahlkreisen. Doch dort, wo die Partei

Methodische Hinweise

Der Verfasser hat sich schon mehrfach und umfangreich mit den Reichstagswahlen von 1919 bis 1933 befasst und sowohl die NSDAP als auch die anderen Parteien untersucht. Neueren Datums sind Forschungen zu den Provinzial-Landtagswahlen und erste, noch unveröffentlichte Ergebnisse zu den Volksbegehren und Volksentscheiden auf regionaler Ebene.⁷ An diesen Stellen hat er ausführliche und umfangreiche Hinweise zur wahlstatistischen Überlieferung und Quellenlage, zum angewandten statistischen Verfahren, dem Parteienspektrum sowie dem Wahlrecht gegeben.⁸ Aus Platzgründen sei deshalb auf die Wiederholung verzichtet; hingewiesen wird lediglich noch einmal auf einen zentralen Aspekt: Sämtliche hier genannten Wahlergebnisse werden in der Regel in Prozent der Wahlberechtigten wiedergegeben. Damit soll sichergestellt werden, dass die Verzerrungen aufgrund der unterschiedlichen Wahlbeteiligungen bei den Urnengängen nicht zu Fehlannahmen bei der Analyse führen, was bei einem Vergleich der Anteile der abgegebenen gültigen Stimmen eher der Fall wäre (siehe Tabelle 2).

besonders umfangreiche Propaganda betrieb, in den Landkreisen und dörflichen Gemeinden Dithmarschens, deutete sich schon hier das Potenzial der Partei bei den nachfolgenden Wahlen an.⁹

Die nächste Etappe im Aufstieg waren die preußischen Provinzial-Landtagswahlen im November 1929, wo die NSDAP etwa 7 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen konnte, was das beste Ergebnis aller Provinzen im größten Land des Reiches darstellte.¹⁰ Bis 1933 sollte die schleswig-holsteinische NSDAP bei allen folgenden Wahlen diese führende Position nicht wieder abgeben. Die Partei gewann hier jeweils auf deutlich höherem Niveau als im Land und Reich die Wahlen:

- Reichstagswahl 14. September 1930: 22,1 % (Deutsches Reich 14,9 %).
- Landtagswahl 24. April 1932: 43,3 % (Preußen: 29,6 %),
- Reichstagswahl 31. Juli 1932: 44,3 % zu 31,1 %,
- Reichstagswahl 6. November 1932: 38,4 % zu 26,5 %.

Erst bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 (47,1 % zu 38,7 %) musste sie sich nach Frankfurt/Oder (49,0 %), Pommern (48,6 %), Liegnitz (48,3 %), Osthannover (48,2 %) und Ostpreußen (48,1 %) „nur“ mit Platz 6 aller Wahlkreise begnügen.

Quantitativ waren für die NSDAP ihre Erfolge in den bevölkerungsreichsten Gebieten Deutschlands wichtiger, doch qualitativ konnte sie sich mit den raschen Erfolgen in Schleswig-Holstein und den nordöstlichen Regionen des Deutschen Reiches als siegreiche Alternative zu den anderen Parteien darstellen und damit attraktiv für bestimmte Wählergruppen werden.¹¹

Wahlen auf Reichsebene in Schleswig-Holstein 1919–1933, Absolute Stimmenergebnisse der Parteien im Wahlkreis 14 bzw. 13									
	NV 19.1.1919	RTW 20.2.1921	RTW 4.5.1924	RTW 7.12.1924	RTW 20.5.1928	RTW 14.9.1930	RTW 31.7.1932	RTW 6.11.1932	RTW 5.3.1933
Wahlberechtigte	1.068.500?	934.444	989.586	1.007.753	1.041.236	1.088.285	1.141.392	1.124.451	1.133.150
Wahlbeteiligung	811.138	729.329	764.391	779.244	800.905	898.478	1.001.060	954.672	1.014.325
ungültige Stimmen	3.085	38.687	13.771	12.341	11.891	7.496	8.492	9.516	9.744
gültige Stimmen	808.053	690.642	750.620	766.903	789.014	890.982	992.568	945.156	1.004.581
Nichtwähler	260.500?	205.115	225.195	228.509	240.331	189.807	140.332	169.779	118.825
NSDAP			55.417	20.513	31.814	240.365	506.117	431.989	533.769
DNVP	61.819	141.410	232.792	253.395	181.086	54.588	64.767	96.944	101.680
DVP	62.950	127.346	90.633	112.325	107.959	64.503	14.031	20.294	13.215
Zentrum	8.107	5.572	7.503	8.125	8.534	9.200	12.277	9.717	10.288
DDP / DSfP	219.579	65.062	60.704	66.580	44.783	42.262	14.036	11.449	7.898
SPD	370.384	257.839	186.954	232.382	278.858	265.386	259.634	233.530	222.511
KPD		41.839	76.983	51.699	62.144	94.369	106.058	125.353	107.510
USPD	27.301	20.701	7.959	3.491		878			
SHBLD / SHLP	57.913	25.907	5.652						
Schleswigscher Verein		4.966	7.620	5.134	2.435	1.789	1.511	1.694	
Andere Parteien			18.403	13.259	71.401	117.642	14.137	14.186	7.710

Tabelle 1: Absolute Stimmenergebnisse, Schleswig-Holstein 1919–1933

Alle Daten nach Statistik des Deutschen Reichs; Reichstagswahl (RTW) 1933 nach BArch B R 1501/125194; Wahlberechtigte für die Nationalversammlung (NV) 1919 nicht überliefert.

Für die Wähler selbst war am augenfälligsten, dass die NSDAP in Schleswig-Holstein nach dem bei Wahlen üblichen Maßstab „in Prozent der gültigen Stimmen“ schon im Juli 1932 mit 51,0 Prozent die absolute Mehrheit erringen konnte und damit reichsweit der einzige Wahlkreis blieb, in dem ihr dies gelang.

Zentrale Aspekte des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Aufstieg der NSDAP von der völkisch-antisemitischen Splitterpartei zur „Volkspartei des Protests“ (Falter) sich in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund von antisemitischen Positionen der DNVP,¹² der antisozialistischen Positionen der liberalen bürgerlichen Parteien (DDP, DVP),¹³ der wirtschaftlichen Krisenlagen ab 1927/28 (Werften, Landwirtschaft),¹⁴ der antimodernistischen bäuerlichen Regionalparteien (SHBLD, SHLP),¹⁵ des Einflusses der Nationalsozialisten in den bäuerlichen Berufsverbänden,¹⁶ der Instrumentalisierung der Proteste der Landvolkbewegung im Zuge der Krise¹⁷ und der „Eroberung“ des ländlichen Raumes mit Hilfe der Verankerung der NSDAP bei den dortigen Eliten (zuerst Handwerker und Pastoren, dann die Bauern) vollzog.¹⁸

Rückblickend können wir konstatieren, dass beim Aufstieg der Partei folgende Faktoren eine gewichtige Rolle spielten:

- die Übernahme und erfolgsorientierte Anpassung moderner Propagandaformen von anderen Parteien¹⁹
- der frühzeitige Ausbau des Parteiapparats und die damit einhergehende

Schleswig-Holstein 1919-1933												
(in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen / in Prozent der Wahlberechtigten)												
	NV	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW	RTW
	19.01.1919	20.02.1921	04.05.1924	07.12.1924	20.05.1928	14.09.1930	31.07.1932	06.11.1932	05.03.1933			
Wahlberechtigte	1.068.500?	934.444	989.586	1.007.753	1.041.236	1.088.285	1.141.392	1.124.451	1.133.150			
Wahlbeteiligung	75-76?	78,0	77,2	77,3	76,9	82,6	87,7	84,9	89,5			
ungültige Stimmen	AS	AS	AS	AS	AS	AS	AS	AS	AS	AS	AS	AS
gültige Stimmen	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB
Nichtwähler	0,4 0,3?	5,3 4,1	1,8 1,4	1,6 1,2	1,5 1,1	0,8 0,7	0,8 0,7	1,0 0,8	1,0 0,9	1,0 0,9	1,0 0,9	1,0 0,9
	99,6 75,6?	94,7 73,9	98,2 75,9	98,4 76,1	98,5 75,8	99,2 81,9	99,2 87,0	99,0 84,1	99,0 88,7	15,1	10,5	
	24,4?	22,0	22,8	22,7	23,1	17,4	12,3					
	GS	GS	GS	GS	GS	GS	GS	GS	GS	GS	GS	GS
	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB	WB
NSDAP	0,0 0,0	0,0 0,0	7,4 5,6	2,7 2,0	4,0 3,1	27,0 22,1	51,0 44,3	45,7 38,4	53,1 47,1			
DNVP	7,7 5,8	20,5 15,1	31,0 23,5	33,0 25,1	23,0 17,4	6,1 5,0	6,5 5,7	10,3 8,6	10,1 9,0			
DVP	7,8 5,9	18,4 13,6	12,1 9,2	14,6 11,1	13,7 10,4	7,2 5,9	1,4 1,2	2,1 1,8	1,3 1,2			
Zentrum	1,0 0,8	0,8 0,6	1,0 0,8	1,1 0,8	1,1 0,8	1,0 0,8	1,2 1,1	1,0 0,9	1,0 0,9			
DDP /DSfP	27,2 20,6	9,4 7,0	8,1 6,1	8,7 6,6	5,7 4,3	4,7 3,9	1,4 1,2	1,2 1,0	0,8 0,7			
SPD	45,8 34,7	37,3 27,6	24,9 18,9	30,3 23,1	35,3 26,8	29,8 24,4	26,2 22,7	24,7 20,8	22,1 19,6			
KPD	0,0 0,0	6,1 4,5	10,3 7,8	6,7 5,1	7,9 6,0	10,6 8,7	10,7 9,3	13,3 11,1	10,7 9,5			
USPD	3,4 2,6	3,0 2,2	1,1 0,8	0,5 0,3	0,0 0,0	0,1 0,1	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0			
SHBLD / SHLP	7,2 5,4	3,8 2,8	0,8 0,6	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0	0,0 0,0			
Schleswigischer Verein	0,0 0,0	0,7 0,5	1,0 0,8	0,7 0,5	0,3 0,2	0,2 0,2	0,2 0,1	0,2 0,2	0,0 0,0			
Andere Parteien	0,0 0,0	0,0 0,0	2,5 1,9	1,7 1,3	9,0 6,9	13,2 10,8	1,4 1,2	1,5 1,3	0,8 0,7			

Anm.: Wahlberechtigte schließt sowohl die Anzahl derjenigen ein, die nicht gewählt haben, als auch derjenigen, die einen ungültigen Stimmzettel abgegeben haben.

Abkürzungen: NV = Nationalversammlung, RTW = Reichstagswahl, AS = Abgegebene Stimmen, Wähler/Wber. = Wahlberechtigte, GS. = Abgegebene gültige Stimmen.

Parteien: SHBLD / SHLP = Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie / Schleswig-Holsteinische Landespartei

Tabelle 2: Abgegebene gültige Stimmen bei Wahlen 1919–1933

Professionalisierung durch hauptamtlich bezahlte Funktionäre (was deren Wahlkampf-Auftritte beförderte)²⁰

- die Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins im Sinne der später reichsweit eingeführten Strategie des agrarpolitischen Apparats²¹
- das Führungspersonal (anfangs die Reichstagskandidaturen von Ernst Graf zu Reventlow; später und entscheidender: der umtriebige und mit dem bäuerlichen Milieu vertraute Gauleiter Hinrich Lohse)²²
- der frühzeitige Wandel in der Zielgruppenausrichtung bei Wahlen²³
- die dörfliche bzw. ländliche Milieunähe der Partei, d.h. der gezielte Ausbau der Partei im ländlichen Raum, der Einsatz von Plattdeutsch in der Propaganda und die Instrumentalisierung des bäuerlichen Protestes der Landvolkbewegung²⁴
- die frühzeitige Unterstützung durch bestimmte Kleinverleger und deren Heimatblätter und das Umschwenken der Generalanzeigerpresse 1932²⁵
- die verbale und körperliche Radikalität der Parteiverbände, was diese für junge Männer attraktiv erscheinen ließ²⁶
- der „Kampf um die Straße“, der auch mit Hilfe von SA-Aufmärschen, die „aggressiven und gewaltprovozierenden Kreuzzugscharakter“ hatten, ausgefochten wurde²⁷
- die Nicht-Beteiligung an Reichsregierungen, d.h. die Etablierung der NSDAP als Anti-System-Partei, die sich in der Regel – außer auf Landesebene, etwa im Land Oldenburg, zu dem auch der Landesteil Lübeck gehörte und wo sie seit 1932 an der Regierung war – nicht an den eigenen Taten messen lassen musste.²⁸

Schlaglichter: der Aufstieg bei Wahlen in Schleswig-Holstein

Der Verfasser hat sich bereits ausführlich zu sämtlichen Reichstagswahlen und den preußischen Provinzial-Landtagswahlen geäußert und beschränkt sich hier auf Aspekte des Aufstiegs der NSDAP, die bisher wenig beachtet wurden. Zuerst wird das schon zu Beginn der Weimarer Republik vorhandene völkisch-antisemitische Wählerpotenzial beleuchtet, an das die NSDAP anknüpfen konnte. Dann wird der These nachgegangen, dass im bürgerlichen Lager konservative bis reaktionäre Haltungen dominierten, während liberal-demokratisches Denken unterrepräsentiert war. Schließlich soll anhand der Reichstagswahlen 1928 und der Provinzial-Landtagswahlen 1929 aufgezeigt werden, dass das Konzept der NSDAP zur „Eroberung“ des ländlichen Raums aufging. Abschließend sollen anhand des Vergleichs der Reichspräsidentenwahlen 1925 und 1932 Belege dafür erbracht werden, dass die NSDAP große Teile der bürgerlichen Wählerschaft im Lande für sich hat gewinnen können.

Exkurs: „Mustergau“ Schleswig-Holstein?

„Schleswig-Holstein wurde von der NSDAP-Führung in jeder Hinsicht als Mustergau wahrgenommen. Und dies sollte bis zum Ende des ‚Dritten Reiches‘ auch so bleiben“, so das Fazit von Robert Bohn vom Institut für Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) in Schleswig in seiner kurzen „Geschichte Schleswig-Holsteins“.²⁹ Dieselbe These vertreten seine beiden KollegInnen Uwe Danker und Astrid Schwabe in ihrem Buch „Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus“ und stützen sich dafür auf die Wahlerfolge bis 1932 und die Mitgliederentwicklung bis 1935.³⁰

Abgesehen davon, dass auch andere Gaue ähnliche Erfolge wie Schleswig-Holstein vorweisen konnten (etwa die Pfalz, Franken, Hessen-Nassau, Thüringen, Südhannover-Braunschweig und Osthannover),³¹ so dass zu fragen wäre, ob diese auch „Mustergaue“ waren, bleibt der Erkenntnisgewinn einer solchen Begriffsbildung fragwürdig. „Mustergau“ unterstellt, dass die Provinz Schleswig-Holstein in anderen Gauen der Partei als Vorbild genommen wurde und die dortigen Methoden – etwa in der Wahlkampfführung, in der Zielgruppenausrichtung oder in der Herrschaftsausübung – in anderen Ländern von der dortigen NSDAP-Gauleitung übernommen wurden.

Vor dem Hintergrund der in den 1980/90er Jahren geführten Debatte um Hamburg als „Mustergau“ im Nationalsozialismus erscheint es fraglich, ob die These vom „Mustergau“ wirklich durch Quellen untermauert werden kann. Frank Bajohr von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte kritisierte die damalige Begriffsbildung und bezweifelte einen Erkenntnisgewinn für die Forschung: „Ich plädiere für einen Verzicht auf diesen heuristisch unfruchtbaren und empirisch nicht zu füllenden Begriff, – schon deshalb, weil es angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Herrschaftstypen und Herrschaftsverfassungen auf Gauebene kein ‚Muster‘ gab, das den Maßstab für einen ‚Mustergau‘ hätte abgeben können.“³²

Aus meiner Sicht beruht die von den Wissenschaftlern des IZRG aufgestellte „Mustergau“-These auf einem sprachlich-inhaltlichen Missverständnis, denn tatsächlich heben die Autoren lediglich auf Schleswig-Holstein als erfolgreichen Gau bei Wahlen und in der Mitgliederentwicklung ab und haben ansonsten keine weiteren Belege für ihre These angeführt.

Das völkisch-antisemitische Wählerpotenzial zu Beginn der Weimarer Republik

Sowohl die Wahlen zu den verfassungsgebenden Versammlungen im Deutschen Reich und Preußen im Januar 1919 als auch die nachgeholt

Reichstagswahlen am 20. Februar 1921³³ können als Indizien für die Verankerung von völkisch-antisemitischen Haltungen bei einem Teil der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein gewertet werden. Zum einen trat 1919 mit der reaktionär-monarchistischen DNVP eine Partei an, die sich explizit antisemitisch äußerte und faktisch das Erbe der Deutschkonservativen und der Deutschsozialen Partei des Kaiserreichs antrat. Sowohl in den ihr wohlgesonnenen Zeitungen im Land³⁴ als auch bei Wahlkämpfen und innerhalb der parteiinternen Öffentlichkeit wurde ein pseudo-wissenschaftlicher, nationalistisch-antisemitischer Diskurs geführt, der sich lediglich in der Ablehnung von Gewalt von dem späteren „Radauantisemitismus“ der Nationalsozialisten unterschied. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass die DNVP von den „alten“ kaiserzeitlichen Antisemiten als ihre Partei wahrgenommen und von diesen gewählt wurde.³⁵

Die DNVP hatte 1919 ihre Hochburgen in den Gutsdistrikten im Südosten des Landes: im Fürstentum Lübeck (~ 18,7 % der Wahlberechtigten), in den Kreisen Plön (~ 17,1 %), Oldenburg i.H. (~ 12,7 %) und dem Herzogtum Lauenburg (~ 11,8 %).³⁶ Diese Kerngebiete konnte sie auch 1921 halten und sich gleichzeitig im Kreis Husum als stärkste Partei (26,7 %) und im Kreis Bordesholm (20,4 %) als stärkste Kraft des bürgerlichen Lagers etablieren.

In zwei Gemeinden erhielt die DNVP sogar die absolute Mehrheit, darunter in der späteren NSDAP-Hochburg Viöl im Kreis Husum. Ungleich wichtiger war ihr Aufstieg zur führenden Interessenpartei der ländlichen und dörflichen Bevölkerung Schleswig-Holsteins – eine Position, in der sie erst ab 1928 durch andere Parteien in Bedrängnis geriet.³⁷

Ein Indiz für die Größe des völkisch-antisemitischen Flügels innerhalb der DNVP kann aus der sich im Dezember 1922 von ihr abspaltenden Deutschvölkischen Freiheitspartei abgeleitet werden. Letztere mobilisierte als Völkisch-Sozialer Block (VSB) bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 zwar das Gros ihrer Wählerschaft in Schleswig-Holstein aus dem Reservoir

Quelle: Dithmarscher Landeszeitung 22.1.1919

**Die Partei der
JUDEN**
Ist die
**Deutsche
demokratische Partei.**
Jüdische Wähler und
Wählerinnen
erfüllt am 26. Januar
Eure Pflicht!

Anti-DDP-Anzeige zur preußischen Landesversammlung, Januar 1919

Quelle: Dithmarscher Landeszeitung 24.1.1919

Wer ist der
Feigling,
der wie ein **verkappter Raubritter** die
Deutsche demokratische Partei aus dem Hinterhalt überfällt?
Gehört er vielleicht auch zu der edlen Brut derer
**von Strauchdieb und von Wege-
lagerer,** die das Volk ausplünderten und bedrückten?
Hoch das Bisier,
damit wir Aug' in Auge miteinander reden.
Die Deutsche demokratische Partei.
Ortsgruppe Meldorf.

Antwort-Anzeige der DDP-Ortsgruppe auf ihre antisemitischen Gegner

der ehemaligen Nichtwähler, doch stammte etwa jeder siebte bis achte Wechselwähler auch jeweils von der DNVP, der DVP und der SPD (im agrarisch ländlichen Raum auch in ähnlicher Größenordnung von der SHLP).³⁸ Sowohl die Wahlpropaganda der DNVP gegen die neuen Gegner aus dem VSB als auch die Wahlergebnisse können als Beleg dafür dienen, dass ein Teil der Wählerschaft sich von antisemitischen Parolen und Programmen ansprechen ließ.

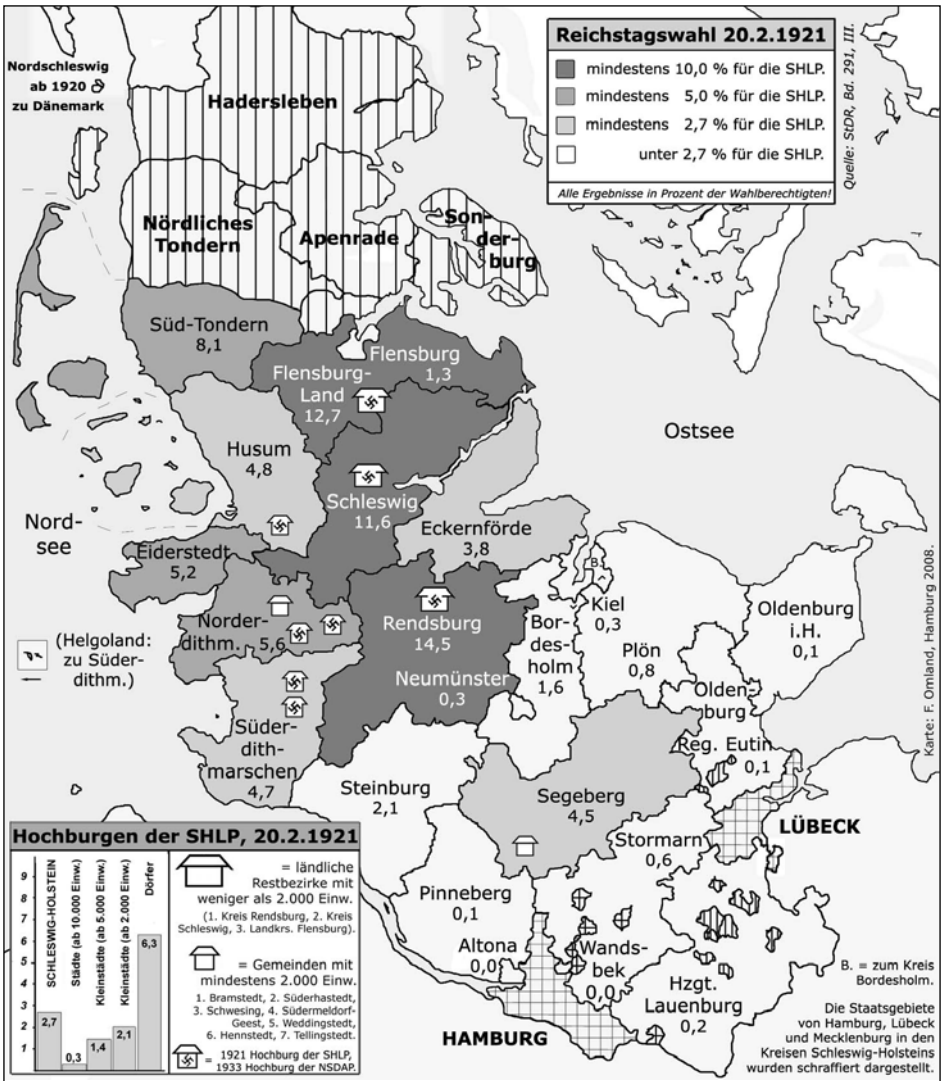
Zum anderen gründete sich 1919 eine partikularistisch-antipreußische Partei, die sich als agrar- und wirtschaftspolitische Interessenvertretung der kleineren und mittleren Bauern verstand: die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie (SHBLD). Von Interesse ist die SHBLD zum einen, weil hier der spätere Gauleiter der NSDAP, Hinrich Lohse, hauptamtlich beschäftigt war. Zum anderen, weil sich die SHBLD nach den Wahlerfolgen im Januar 1919 von einer berufsständischen zu einer anti-kapitalistische Sehnsüchte, Irrationalismus und völkischen Kulturpessimismus verbreitenden Partei wandelte und als Schleswig-Holsteinische Landespartei in die Reichstagswahlen 1921 zog.³⁹

Die SHBLD konnte 1919 in acht von 26 Kreisgebieten über zehn Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen und hatte ihre Hochburgen in den Landkreisen Flensburg (~ 40,6 %), Rendsburg (~ 22,4 %), Schleswig (~ 21,8 %) sowie Husum (~ 18,1 %).⁴⁰ Als SHLP musste sie 1921 zwar eine herbe Niederlage einstecken, doch lassen sich aus den überlieferten Daten zu ihren Hochburgen interessante Schlüsse ableiten: So überflügelte sie im Kreis Rendsburg in den Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern selbst die DNVP und wurde dort stärkste Partei; ähnlich erfolgreich war sie im ländlichen Raum des Kreises Husum.⁴¹

Vergleicht man die 20 Hochburgen der SHLP von 1921 mit denen der NSDAP im März 1933, so gibt es insgesamt 14 Übereinstimmungen. (Eine ähnlich hohe Kongruenz gibt es zwischen den Hochburgen der DNVP im Mai und Dezember 1924 mit denen der NSDAP im März 1933).⁴² Zusammen mit den Ergebnissen der Wählerwanderungen von 1921 auf 1924 – danach wechselte knapp jeder zehnte SHLP-Wähler 1924 direkt zum VSB⁴³ – ist das alles als Indiz für völkisch-antisemitische Haltungen von Wahlberechtigten zu Beginn der Weimarer Republik zu werten.

Die Dominanz von konservativen bis reaktionären Haltungen im bürgerlich-liberalen Wählerlager

In der statistischen Wahlforschung ist unbestritten, dass sich unter den DDP-Wählern zur Nationalversammlung (und auch zu den verfassungsgebenden Versammlungen der Länder) im Januar 1919 eine Vielzahl von Per-



Karte 1: Hochburgen der Schleswig-Holsteinischen Landespartei bei der Reichstagswahl vom 20. Februar 1921

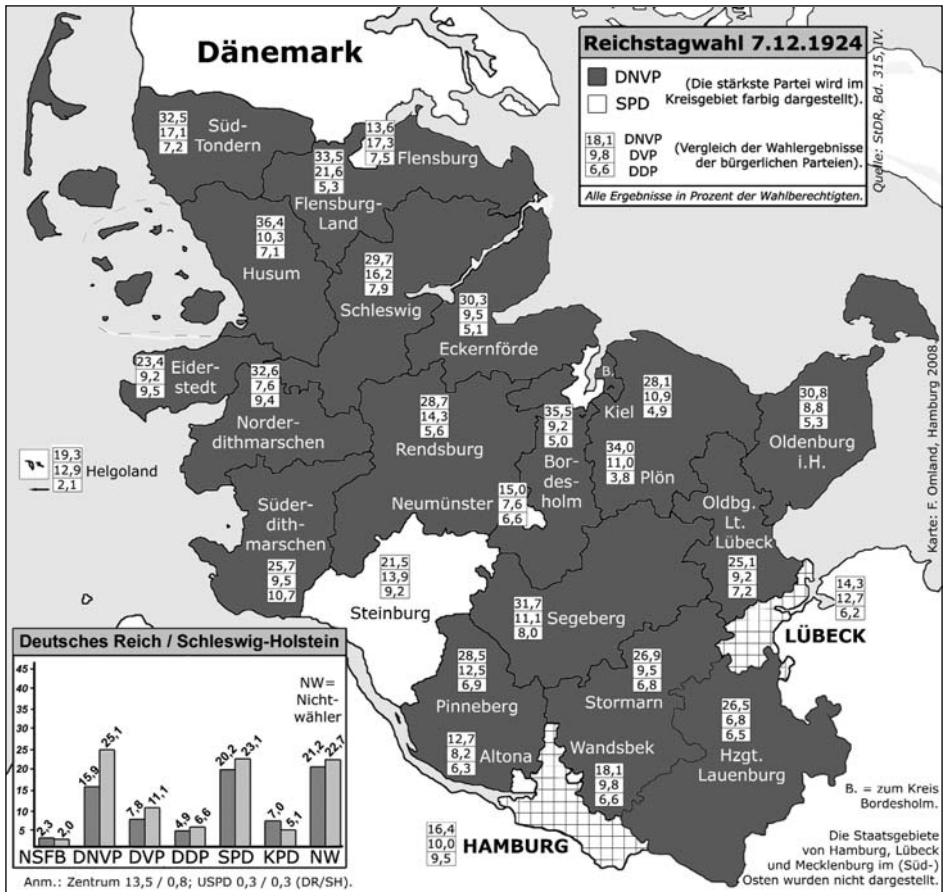
sonen befand, die inhaltlich eher der DVP (und teils der DNVP) zuneigte und sich zu Beginn der Weimarer Republik in der Hoffnung auf eine liberale bürgerliche Einheitspartei der DDP zugewandt hatte.⁴⁴ Meines Erachtens ist auch die Regionalforschung für Schleswig-Holstein – trotz unterschiedlicher Akzentsetzungen – zu ähnlichen Ergebnissen gekommen.⁴⁵

Auch die Wahlergebnisse von 1921 bis 1928 mit den Erfolgen für die DNVP und DVP und die Wählerwanderungsanalysen von 1921 über Mai/Dezember 1924 bis 1928 können als Belege für eine Dominanz von konservativeren statt liberal-demokratischeren Haltungen in der Wählerschaft herangezogen werden. So stieg die DNVP von 1921 bis Dezember 1924 flächendeckend in den Gemeinden und Dörfern zur stärksten Partei auf und errang Ende 1924 in 69 von 118 auswertbaren Gebietseinheiten von allen Parteien am meisten Stimmen.⁴⁶ Ebenso eindeutig sind die Vergleichsdaten zwischen DNVP, DVP und DDP bei einer Ausdifferenzierung nach Gemeindegrößenklassen: Immer lag die DNVP weit vor der DVP und diese wiederum vor der DDP.⁴⁷ Auch 1928 konnten DNVP und DVP zusammen jeweils die meisten Stimmen sowohl vor der DDP als auch vor allen Interessenparteien erringen, was wiederum als Beleg für die Dominanz von konservativen und reaktionären bürgerlichen Haltungen bei den Wählern gewertet wird.⁴⁸

Eine Analyse der Wählerwanderungen von 1921 bis 1928 unterstützt ebenfalls diese These. Danach gelang es der DNVP von den drei konkurrierenden bürgerlichen Parteien am besten, ihre eigene Wählerschaft an sich zu binden. Von den Wahlpaaren 1921/1924 M, 1924 M/1924 D und 1924 D/1928 konnte sie jeweils 74 %, 78 % bzw. 49 % ihrer Wähler halten, während diese Haltequoten bei der DVP (42 %, 65 %, 32 %) und der DDP (47 %, 58 %, 17 %) deutlich niedriger ausfielen.⁴⁹ Im Saldo profitierten DNVP und DVP bei allen diesen Wahlen – wenn auch nur schwach – von Wählerwanderungen der DDP zu ihnen. Zentraler aber war, dass sich regelmäßig fast jeder fünfte bis sechste der DDP-Wähler bei den darauf folgenden Wahlen der Stimme enthielt, was über der Quote bei ihrer direkten Konkurrenz lag. Tatsächlich verlor die DDP 1928 dadurch mehr als jeden dritten ihrer vorherigen Wähler und besaß damit faktisch keine Stammwählerschaft mehr.⁵⁰ Ähnliche Auflösungserscheinungen in ihrer Stammwählerschaft zeigte zeitversetzt die DVP.

Auch im reichsweiten Vergleich lassen sich Indizien für die These von der konservativen Dominanz im bürgerlichen Wählerlager Schleswig-Holsteins finden. So lag der Wahlkreis von 1921 bis 1928 für die DNVP immer im oberen Drittel ihrer Stimmanteile, errang die DVP tendenziell hier reichsweit eine bessere Platzierung als die DDP,⁵¹ und auch auf der Ebene von kleineren Gebietseinheiten, wie sie bei Falter u.a. bzw. bei Milatz abgebildet werden, bestätigt sich dieses Bild eindrucksvoll.⁵²

Meines Erachtens tragen auch die bisherigen Forschungsergebnisse zu den Provinziallandtagswahlen zur Untermauerung der Eingangsthese bei. Während noch 1921 ein bürgerliches Bündnis unter Einschluss der DDP und unterstützt durch eine Vielzahl von berufsständischen Interessenver-



Karte 2: Stimmverhältnisse bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924

bänden antrat, kandidierte die DDP ab 1925 eigenständig und erlitt dabei – gemessen an ihren vorherigen Wahlergebnissen – eine relative Niederlage;⁵³ ein Ergebnis, dass sich 1929 wiederholen sollte und auch dem Verlust der Unterstützung durch berufsständische Verbände geschuldet war.⁵⁴

Als letztes Indiz soll der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926 herangezogen werden. Dort mobilisierten reichsweit die SPD, die KPD, Teile des linken Flügels der DDP und eine Reihe liberal-demokratischer Verbände für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstenhäuser. Auf Seiten der Gegner leisteten die DNVP, die DVP, die DVFP sowie die Wirtschaftspartei entschlossen Widerstand und sahen sich unter anderem auch durch die Kirchen unterstützt. Die Gegner der Fürstenenteignung boykottierten den Volksentscheid, und die Befürworter mussten

auch in Schleswig-Holstein mit 34,8 % der Stimmen der Wahlberechtigten eine Niederlage hinnehmen (Deutsches Reich: 36,4 %). Interessant ist dieses Ergebnis trotzdem, denn einerseits konnten die Gegner des Volksentscheids es als eigene strukturelle Mehrheit im Lande interpretieren, da der Versuch einer lagerübergreifenden linken progressiven Mehrheitsbildung gescheitert war.

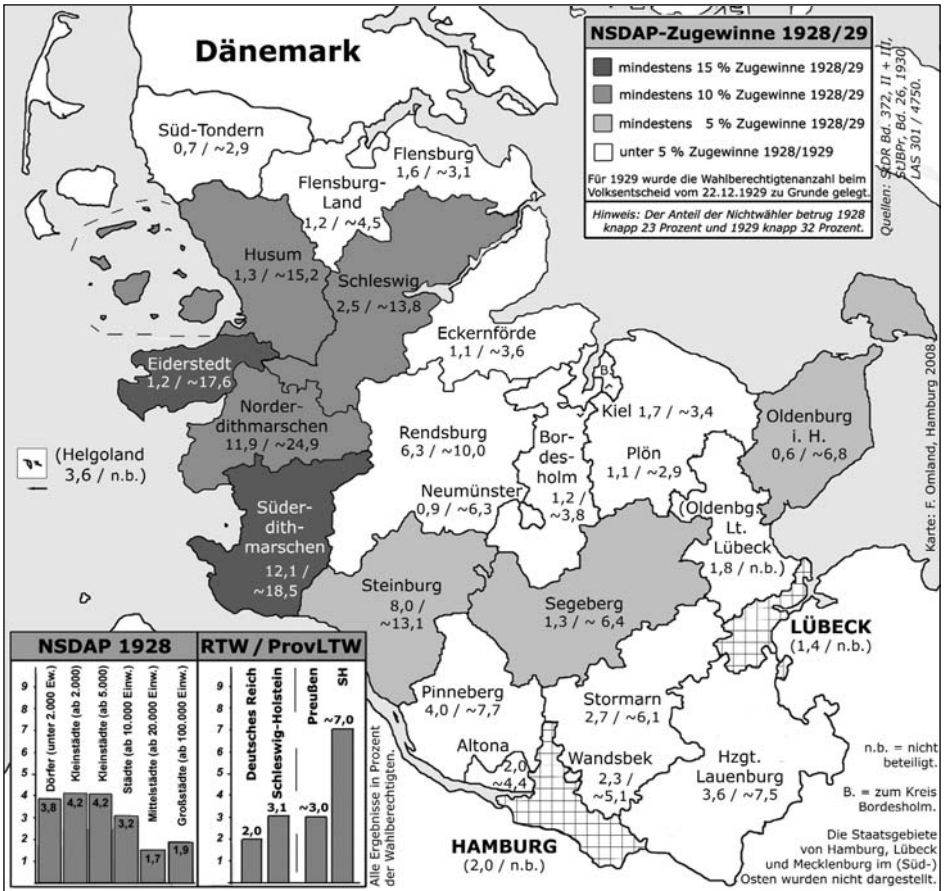
Andererseits konnten die Befürworter für Schleswig-Holstein feststellen, dass es gelungen war, über den KPD- und SPD-Stimmenanteil von Dezember 1924 hinaus Wähler zu mobilisieren.⁵⁵ Bis zum Abschluss eigenständiger Forschungen für Schleswig-Holstein soll der Volksentscheid allerdings eher als Beleg für eine strukturkonservative Mehrheit im Lande gewertet werden.⁵⁶

Die genannten Wahl- und Abstimmungsergebnisse können als Indizien dafür dienen, dass in Schleswig-Holstein die bürgerliche Wählerschaft mehrheitlich einem eher konservativen bis reaktionären Weltbild anhing, während liberal-demokratische Positionen in der Minderheit waren.

Die „Eroberung“ des ländlichen Raums 1928/1929

Die Gauleitung der NSDAP Schleswig-Holsteins vollzog im Sommer 1926 einen entscheidenden Strategiewechsel. Anstatt sich wie bisher auf die Agitation unter der Arbeiterschaft in den größeren Städten zu konzentrieren, wandte man sich bewusst und verstärkt den ländlichen Milieus zu.⁵⁷ Damit kehrte man die Strategie „Zuerst die Städte, dann die Dörfer“ um: Die Partei gab die Propaganda in den Städten zwar nicht auf, doch konzentrierte sie ihre personellen und propagandistischen Ressourcen auf ausgewählte ländliche Gebiete, zuerst in Dithmarschen, anschließend in den anliegenden Kreisgebieten. Die bewusste Hinwendung zur dortigen Bevölkerung, der Versuch, die dörflichen Milieus zu durchdringen, die Schwerpunktsetzung im Ausbau der Ortsgruppen und gezielte größere Propagandaveranstaltungen sollten sich in der Folgezeit bei Wahlen als Erfolgsgeschichte⁵⁸ erweisen:

Die Reichstagswahlen im Mai 1928 und die Provinzial-Landtagswahlen im November 1929 belegen eindrucksvoll, dass es der NSDAP gelang, ihre Strategie erfolgreich umzusetzen.⁵⁹ Während für ihre völkisch-antisemitischen Vorläufer, den VSB und die NSFB, gegolten hatte, dass diese in den kleinstädtischen Gemeinden mit 5.000 bis 20.000 Einwohnern am meisten Stimmen bekamen, sah es für die NSDAP deutlich anders aus. Sie knüpfte kaum oder gar nicht an die Hochburgen ihrer Vorläufer an und konnte in der Regel immer besser abschneiden, je kleiner die Gemeinden waren.



Karte 3: Wahlergebnisse der NSDAP 1928/1929 im Vergleich

Bis 1933 erlangte sie in den Dörfern Schleswig-Holsteins immer häufiger eine so beherrschende Stellung, dass sie faktisch die soziale Kontrolle innerhalb der Dorfgemeinschaft ausübte. In diesem Prozess beerbte die NSDAP die ehemaligen Hochburgen der SHLP, setzte sich 1928/1930 erfolgreich gegen die konkurrierenden (bäuerlichen) Interessenparteien durch und konnte von der DNVP deren bis 1924/28 unbestrittene Meinungsführerschaft in den ländlichen Gebieten übernehmen.⁶⁰

Ein Vergleich der Stimmenanteile der NSDAP im Mai 1928 mit denen vom November 1929 veranschaulicht, welche Erfolge die Partei aufgrund ihrer Strategie von der „Eroberung“ der ländlichen Räume im Westen des Landes feiern konnte und in welchen Regionen aus ihrer Sicht noch Aufbauarbeit zu leisten war.⁶¹

Danach verbuchte sie ihre stärksten Zugewinne in Höhe von mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten in den Kreisen Eiderstedt und Süderdithmarschen, gefolgt von den Kreisen Husum, Norderdithmarschen und Schleswig, während es in ihren Diaspora-Gebieten wie Süd-Tondern, Plön, Bordesholm, Eckernförde und dem Landkreis Flensburg – ähnlich wie in den Stadtkreisen – nur zwei bis drei Prozent waren.⁶² In diesen Diaspora-Gebieten versuchte die NSDAP in der Folgezeit ihr bisheriges Erfolgsmodell zu übertragen, indem sie gezielt den hauptamtlichen Parteiapparat ausbaute, Ortsgruppengründungen unterstützte und Schwerpunkte in der Wahlpropaganda setzte. Die Erfolge in den Landkreisen Flensburg, Süd-Tondern und Bordesholm sollten dieser Strategie Recht geben.⁶³

Die konservative Wählerschaft bei der Reichspräsidentenwahl 1925 und ihr vermutlicher Wechsel zu Hitler 1932

Die historische Wahlforschung geht davon aus, dass sich die (rechts-)konservative Wählerschaft Hindenburgs bei der Reichspräsidentenwahl im April 1925 zum größten Teil mit der Wählerschaft Hitlers im April 1932 deckte. Danach spielte sich der Aufstieg der Nationalsozialisten vor dem Hintergrund eines Parteienwechsels der konservativen Wählerschaft ab: „Wo die DNVP bei der Maiwahl von 1924, die beiden konservativen Präsidentschaftskandidaten im darauf folgenden Jahr oder das Referendum gegen den Young-Plan im Dezember 1929 überdurchschnittlich viel Unterstützung fanden, wurden auch Adolf Hitler und seine Bewegung im Jahre 1932 überproportional häufig gewählt. [...] Zumindest territorial gesehen fand zwischen Hindenburg und Hitler während dieser Sieben-Jahre-Periode ein nahezu kompletter Wähler austausch statt.“⁶⁴

Auf den ersten Blick erscheint auch für Schleswig-Holstein ein ähnlicher Zusammenhang plausibel, wie er reichsweit konstatiert wurde.⁶⁵ Wenn man für jeden Urnengang pro Partei die Kreisgebiete nach der Größe der Wahlerfolge in vier Quartile (Viertel) aufteilt⁶⁶ und danach die Ergebnisse Hitlers im zweiten Wahlgang mit denen der vorherigen Wahlen vergleicht, ist das Resultat verblüffend. Mit wenigen regionalen Ausnahmen ist die territoriale Übereinstimmung von 1924 bis 1932 frappierend hoch, was als Indiz für den reichsweit belegbaren Wählerwechsel gewertet werden soll (vgl. Tabelle 3).⁶⁷

Für Kiel kamen Schneider/Schulz – wenn auch mit einem methodisch nicht unproblematischen Ansatz⁶⁸ – zu ähnlichen Schlüssen, was die Wechselwählerschaft von 1925 auf 1932 angeht. Ebenso können Heberles Analysen auf Basis des Vergleichs der Reichstagswahlen 1924 bis 1932 für

	RTW 1924M	RTW 1924D	RPW 1925-I	RPW 1925-II	VE 1929	RPW 1932-I	RPW 1932-II
	DNVP	DNVP	Jarres	Hindenburg	Anti-Young	Hitler	Hitler
Schleswig-Holstein	23,5%	25,1%	36,6%	46,6%	17,9%	37,7%	42,0%
Kr. Schleswig	25,3%	29,7%	44,0%	60,7%	29,8%	53,6%	58,3%
Kr. Husum	34,2%	36,4%	47,9%	59,7%	40,4%	52,0%	58,0%
Kr. Norderdithmarschen	30,5%	32,6%	40,1%	54,7%	34,2%	53,2%	56,6%
Kr. Segeberg	32,2%	31,7%	45,5%	57,8%	37,3%	54,2%	56,0%
Lkr. Flensburg	30,2%	33,5%	51,5%	64,5%	27,8%	52,9%	55,7%
Kr. Süd-Tondern	31,6%	32,5%	44,8%	55,7%	13,6%	54,5%	55,2%
Kr. Rendsburg	27,5%	28,7%	42,1%	55,9%	22,8%	50,2%	55,1%
Kr. Süderdithmarschen	25,8%	25,7%	33,6%	46,5%	23,9%	48,1%	49,7%
Kr. Bordersholm	33,1%	35,5%	46,1%	55,0%	25,8%	43,5%	48,7%
Kr. Eckernförde	28,2%	30,3%	40,7%	52,3%	29,0%	37,7%	45,9%
Kr. Eiderstedt	22,9%	23,4%	31,3%	41,5%	25,3%	40,8%	45,2%
Kr. Plön	33,5%	34,0%	46,1%	53,5%	24,8%	38,6%	44,8%
Kr. Steinburg	21,8%	21,5%	35,4%	44,1%	18,0%	41,9%	44,4%
Kr. Oldenburg i.H.	29,9%	30,8%	39,3%	47,1%	32,8%	35,0%	43,2%
Kr. Pinneberg	25,6%	28,5%	41,4%	50,7%	16,7%	39,5%	43,2%
Landesteil Lübeck	24,3%	25,1%	36,3%	45,6%	22,0%	38,2%	43,0%
Kiel	20,9%	28,1%	40,5%	50,4%	14,2%	35,8%	40,2%
Kr. Hzgt. Lauenburg	28,3%	26,5%	36,8%	47,2%	22,2%	32,8%	39,7%
Kr. Stormarn	27,7%	26,9%	37,4%	45,5%	18,8%	31,2%	37,0%
Neumünster	16,6%	15,0%	24,2%	30,6%	7,3%	29,9%	33,6%
Inselkreis Helgoland	8,5%	19,3%	13,4%	26,2%	13,8%	27,8%	33,3%
Flensburg	13,8%	13,6%	28,8%	39,7%	4,1%	30,2%	31,7%
Altona	12,7%	12,7%	20,7%	28,8%	4,9%	24,7%	29,1%
Wandsbek	19,4%	18,1%	31,2%	37,1%	7,1%	23,1%	26,6%
			Legende:	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil	4. Quartil

Tabelle 3: Territoriale Kontinuitäten 1924 bis 1932

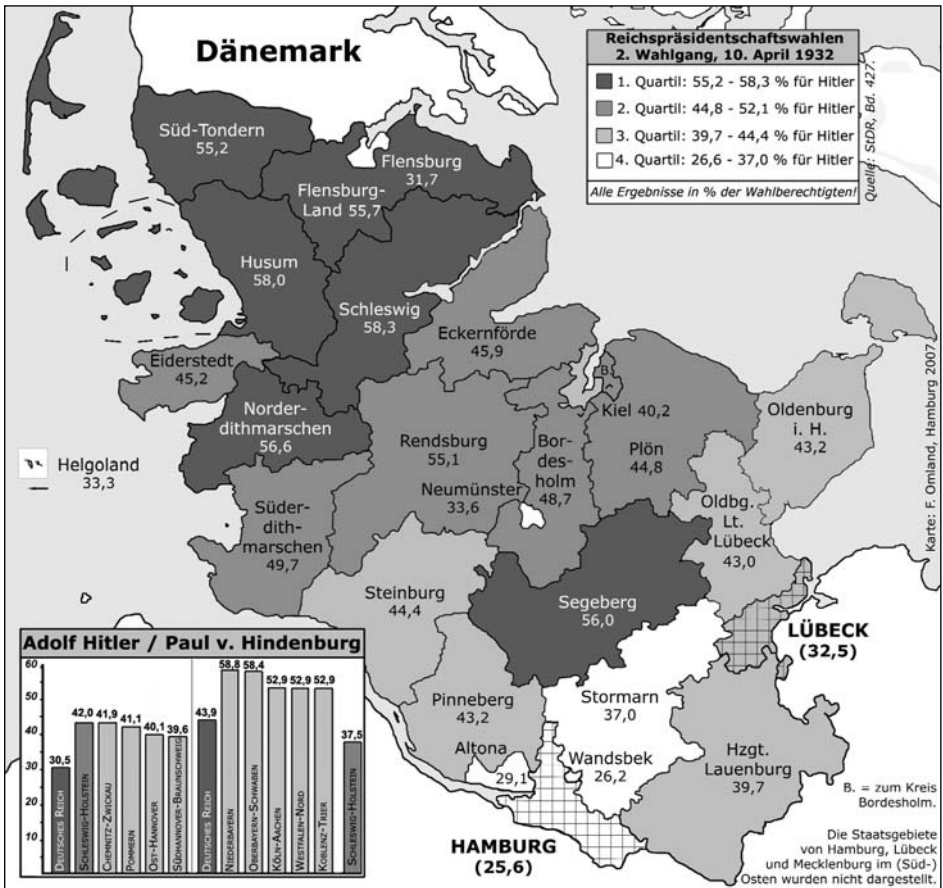
Lesebeispiel: In fünf der sechs Kreisgebiete, in denen Hitler im April 1932 am meisten Stimmen erhielt, errang Hindenburg 1925 ebenfalls sein bestes Ergebnis.

Abkürzungen: RTW = Reichstagswahlen, RPW = Reichspräsidentenwahlen, VE = Volksentscheid

Dithmarschen im Sinne eines solchen Wechsels interpretiert werden.⁶⁹ Neuere Forschungen von Hamilton und Oddey zur zeitgenössischen Presseberichterstattung gehen davon aus, dass die bürgerliche Presse vor 1932 größtenteils Hindenburgs Politik als Reichspräsident unterstützte und sich 1932 mehrheitlich hinter Hitler als Präsidentschaftskandidat stellte. Dort, wo man seine eigene Hindenburg-treue Leserschaft nicht verprellen wollte, gaben die Zeitungen keine Wahlempfehlung ab, „offen gegen den Nationalsozialismus aber trat vor allem im Lokalteil kaum noch eine Zeitung auf.“⁷⁰

Zwar steht eine flächendeckende Analyse der Wahlkämpfe – insbesondere für 1925 – noch aus, doch lässt sich aus den bisher veröffentlichten Forschungen und den Berichten in einigen Zeitungen die These der sich jeweils ähnelnden Wahlklientel von Hindenburg im Jahr 1925 und Hitler 1932 stützen. So sprach etwa der polarisierende Richtungswahlkampf 1925 faktisch dieselbe antidemokratische Klientel an, wie es Hitler 1932 mit seinen Anti-System-Parolen tat.⁷¹

In Schleswig-Holstein gelang der NSDAP 1932 aufgrund der Intensivierung der Propaganda in ihren bisherigen Diaspora-Gebieten⁷² sowie



Karte 4: Stimmereggebnisse für Adolf Hitler bzw. Paul von Hindenburg bei den Reichspräsidentenwahlen, 2. Wahlgang vom 10. April 1932

aggressiver Konkurrenz zur DNVP in deren Hochburgen – vor allem im Kreis Plön⁷³ – ein reichsweit beispielloser Erfolg. Schon nach dem ersten Wahlgang betonte man in der Gauzeitung die eigenen Zugewinne („Der Gau Schleswig-Holstein hat seine Schuldigkeit getan“⁷⁴) und ging insbesondere auf die eigenen Erfolge in Süd-Tondern (Steigerung von 17,5 auf 55,2 %) sowie den anderen Kreisgebieten ein, in denen man bisher schwächer abgeschnitten hatte.⁷⁵ In Schleswig-Holstein konnte Hitler klar den ersten Wahlgang für sich entscheiden und schnitt hier mit 37,7 Prozent um fast 12 Prozent besser ab als im Deutschen Reich (25,8 %).

Lediglich im Südosten des Landes und in den Stadtkreisen stimmten die Wahlberechtigten mehrheitlich für Hindenburg, wobei sich dies im

zweiten Wahlgang noch einmal zugunsten Hitlers verschieben sollte: Außerhalb der Stadtkreise und Helgolands konnte Hindenburg nur noch in Stormarn eine relative Mehrheit hinter sich vereinigen.

Den Nationalsozialisten war es dagegen gelungen, ihren Stimmenanteil im zweiten Wahlgang noch einmal zuungunsten des Reichspräsidenten zu erhöhen. Hitler hatte mit 465.950 Stimmen das Ergebnis seiner Partei von 1930 fast verdoppeln können, und das Resultat von 42,0 Prozent in Schleswig-Holstein gehörte reichsweit zu den besten Ergebnissen aller Wahlkreise und lag damit deutlich über dem Durchschnitt von 30,9 Prozent.⁷⁶

Die Gründe für den Sieg der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein wurden seitens der Kommentatoren der Zeitungen durchaus unterschiedlich bewertet. So ging die Gauzeitung der NSDAP von Einbrüchen ins sozialdemokratische Wählerlager aus,⁷⁷ reklamierte die unbestrittene Meinungsführerschaft im Lager der nationalen Opposition und sah den zweiten Wahlgang auch als Testfall für die folgenden preußischen Landtagswahlen.⁷⁸ Die führende Zeitung im Land, die reaktionär-konservativen *Kieler Neuesten Nachrichten*, ging davon aus, dass der Stimmanstieg im zweiten Wahlgang für Hitler nicht der starken Propaganda der Partei geschuldet war, sondern Wechselwählern der Rechten und der Kommunisten.⁷⁹

Ähnlich sahen das die Sozialdemokraten in der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung*. Sie glaubten insbesondere ein Umschwenken ehemaliger KPD-Wähler zu Hitler belegen zu können und verwiesen dafür auf Ergebnisse aus einzelnen Wahllokalen Kiels. Ironischerweise widersprach der Kommentator heftig Aussagen der Wahlleiter, die nach heutigem Forschungsstand im Kern zutreffend sind: „Die Feststellung der Wahlleiter, ein Drittel der Thälmann-Wähler sei der Wahl ferngeblieben, zu Hitler aber seien keine Kommunisten übergeschwenkt, lässt sich nicht aufrechterhalten.“⁸⁰

Als Fazit bleibt zu konstatieren, dass für Schleswig-Holstein zwar ein schlüssiger wahlstatistischer Beleg für die These der Wechselwählerwanderungen von Hindenburg-Anhängern zu Hitler noch aussteht und auch fraglich ist, ob sich dafür die notwendigen Daten noch auffinden lassen, doch legen die anderen Quellen einen solchen qualitativen Zusammenhang nahe.



Wahlanzeige der NSDAP-Kreisleitung Kiel, 1932

Zusammenfassung

In der Weimarer Republik hat es keine Meinungsumfragen zum Wahlverhalten gegeben, so dass die moderne Wahlforschung auf statistische Schätzungen zu den Wählerwanderungen und zur Wählerherkunft von Parteien zurückgreifen muss. Aufgrund der bisherigen Ergebnisse solcher Schätzungsmodelle für Schleswig-Holstein⁸¹ und dem derzeitigen Forschungsstand zu den Wahlkämpfen und zur Regionalgeschichte geht der Verfasser davon aus, dass die NSDAP in Schleswig-Holstein ihren Aufstieg bei Wahlen folgenden Faktoren⁸² verdankte:

1. *Die NSDAP konnte an vorhandene völkische bzw. antisemitische Einstellungen und Haltungen in der Wählerschaft anknüpfen*

Die NSDAP und ihre Vorläuferparteien konnten sowohl an antisemitische Haltungen anknüpfen, wie sie von der ersten bürgerlichen Sammlungspartei auf dem flachen Land, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), vertreten wurden, wie auch an eher diffus antimodernistische und protektionistisch motivierte antijüdische Haltungen aus dem Landvolk.

2. *Die NSDAP knüpfte an die antidemokratischen Haltungen und Weltbilder eines Teils der bürgerlichen Wählerschaft an*

Ab 1921 dominierte in Schleswig-Holstein bei Wahlen die DNVP mit ihren konservativen, reaktionären und antidemokratischen Positionen die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden, insbesondere auf dem Land. Dagegen waren die liberal-demokratischen Positionen der DDP weitestgehend in eine Minderheitsrolle gedrängt worden. Beides wird als Beleg für Haltungen innerhalb des bürgerlich-liberalen Wählerlagers angesehen, die einen Aufstieg der NSDAP befördert haben.

3. *Die NSDAP vollzog einen Strategiewechsel in ihrer Hauptzielgruppenorientierung: „Zuerst die Dörfer, dann die Städte“*

Die schleswig-holsteinische NSDAP vollzog vor anderen Gauen der Partei einen entscheidenden Strategiewechsel. Anstelle des (scheiternden) Versuches, die städtische Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, befahl Gauleiter Lohse den Auf- und Ausbau von Ortsgruppen in bestimmten ländlichen Räumen (Dithmarschen und anliegende Kreisgebiete) und die gezielte Durchdringung der dortigen Milieus. Die Partei verdankte ihre späteren überdurchschnittlichen Erfolge in Schleswig-Holstein ihren so ausgebauten Hochburgen von 1928. Hier konnte sie auf immer höherem Niveau Wahlsiege für sich verbuchen, die schließlich im März 1933 auf 70 bis 93 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen anstiegen.

4. *Die NSDAP profitierte als „Anti-System-Partei“ von dem regional unterschiedlichen Wahlverhalten, d.h. städtischen Wechselwählern und rückwärtsgewandten ländlichen Wählern*

Das städtische und ländliche Wahlverhalten unterschied sich in der Regel dadurch, dass ländliche Wähler ihren Entscheidungen für bestimmte Parteien länger treu blieben und weniger zu einem lagerübergreifenden Wechsel neigten als die städtischen. Im Kern blieben die Wähler in der Dorfgemeinschaft antimodernen, antiparlamentarischen und antidemokratischen Vorstellungen verhaftet und konnten nur durch Parteien angesprochen werden, die einen solchen Kurs einschlugen. An diese Haltungen knüpfte die NSDAP an und konnte sich als die Anti-System-Partei erfolgreich gegen alle anderen Konkurrenten durchsetzen und auch deshalb im dörflichen und ländlichen Milieu eine Monopolstellung erringen.

5. *Das bürgerliche Wählerlager löste sich seit 1924 zugunsten der NSDAP auf*
Das bürgerliche Lager löste sich nach den Reichstagswahlen vom Dezember 1924 in unterschiedlichen Schritten fast vollständig zugunsten der Interessenparteien und der aufsteigenden NSDAP auf.

Dieser Prozess erfasste zuerst die DDP und zeitversetzt die DVP, die bis 1930 gerade einmal ein Drittel bis ein Viertel ihrer Wähler halten konnte, um sich danach zugunsten der NSDAP aufzulösen. Der DNVP gelang es 1928 letztmalig – zumindest im ländlichen Raum –, noch knapp die Hälfte ihrer Wähler von der vorhergehenden Wahl an sich zu binden, doch verlor sie danach rapide an die NSDAP und konnte sich davon auch 1933 nicht mehr erholen, geschweige denn wieder zur ernsthaften Konkurrenz der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein werden.⁸³

6. *Die NSDAP profitierte von den enttäuschten Hoffnungen der (bürgerlichen) Wähler, die sich deshalb im Sinne einer Kosten-Nutzen-Rechnung der jeweils „neuen“ Partei zuwandten, von der sie sich den größten persönlichen Vorteil versprochen*

Der NSDAP gelang es von allen Parteien am besten, diejenigen Wähler anzusprechen, die keine größere Bindung an eine bestimmte Partei besaßen. So konnten zwar 1928 und 1930 Interessenparteien wie die Reichspartei des Deutschen Mittelstands (Wirtschaftspartei) und die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei in einzelnen Gemeinden kurzfristige beachtliche Wahlerfolge erringen, wobei sie auf eine Mischung aus Protest und Verfolgung von Partikularinteressen setzten. Doch wechselten die Wähler angesichts der reichsweiten Erfolglosigkeit dieser Parteien zur radikaleren Konkurrenz der NSDAP über, von der sie sich die Lösung ihrer eigenen spezifischen Problemlagen und die Durchsetzung ihrer Interessen erhofften.

7. *Die NSDAP profitierte auch von städtischen (nationalistischen) Wechselwählern der SPD*

Den beiden Arbeiterparteien (SPD, KPD) gelang es deutlich besser als den bürgerlichen Parteien, ihre eigene Anhängerschaft von einer Wahl zur

nächsten an sich zu binden, wobei sich die sozialdemokratische Wählerschaft nach 1928 zugunsten der KPD radikalisierte und deren Erfolge auf Verlusten der SPD und der Mobilisierung der Nichtwähler basierten. Ein Teil der städtischen sozialdemokratischen Wählerschaft war hingegen – aus einer nationalistischen Haltung heraus? – bereit, ins gegnerische Lager zu wechseln: zuerst zur DNVP, wo eine solche Wechselstimmung auf Gegenseitigkeit beruhte, später auch zur NSDAP.

8. *Die NSDAP entwickelte die Fähigkeit, alle sozialen Schichten anzusprechen*
In Schleswig-Holstein verdankte die NSDAP ihren Wahlsieg im März 1933 den Selbstständigen und der sogenannten Mantelbevölkerung (Hausfrauen, Rentner, mithelfende Familienangehörige). Während die hohe Erwerbslosigkeit ihren Gegnern zugutekam, bildete die NS-Anhängerschaft bei den Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft – insbesondere den mithelfenden Familienangehörigen und den Selbstständigen (zumeist Gewerbetreibende und Bauern) – eine stabile Basis ihrer Hochburgen. Lediglich in der (erwerbslosen) Arbeiterschaft misslang es der NSDAP, die meisten Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Bei den Arbeitern (26 % der Wahlberechtigten für die NSDAP) und den erwerbslosen Arbeitern (30 %) lag die SPD (37 % / 22 %) bzw. KPD (16 % / 32 %) noch vor der Partei Hitlers.

9. *Die NSDAP war auch in Schleswig-Holstein die erste „Volkspartei“*
Der wichtigste Unterschied zwischen der NSDAP und allen anderen Parteien bestand darin, dass letztere faktisch nie über den Status von Klientelparteien hinauskamen, während es der NSDAP gelang, alle sozialen Schichten und Milieus – wenn auch unterschiedlich erfolgreich – anzusprechen und zur einzigen „Volkspartei“ der Weimarer Republik zu werden; einer „Volkspartei des Protests“ (Falter).

Anmerkungen

* „Gegen das System. Grundsätzliches zu den Gemeindewahlen“. Titelschlagzeile der *Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung [SHTZ]*, 17.11.1929.

1. Deutsches Reich/Schleswig-Holstein, in Prozent der Wahlberechtigten: VSB, Mai 1924: 5,0 / 5,6; NSFB, Dez. 1924: 2,3 / 2,0.

2. Reichsweit siehe Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*. München 1991, S. 155 und 160. – Für Schleswig-Holstein: Frank Omland, „Die Nordmark steht zu Hitler!“. Wählerwanderungen und Wählerherkunft der NSDAP in Schleswig-Holstein 1924–1933. In: *ISHZ* 48 (2007), S. 16ff. und Überblick S. 42 und S. 46. Vgl. auch Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928). Neumünster 1982, S. 219ff.

3. Falter, *Hitlers Wähler*, S. 155. – Omland, *Nordmark*, S. 20ff. – Rietzler, *Nordmark*, S. 251ff.

4. Sämtliche Berechnungen beruhen – falls nicht anders angegeben – auf der Statistik des Deutschen Reichs [StDR]. Detailnachweise finden sich in den Aufsätzen, die in Fußnote 7 genannt sind. – Vergleichsziffern auf Basis „in abgegebenen gültigen Stimmen“ siehe: Jürgen

- Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933. München 1986, S. 67–80.
5. Falter, Hitlers Wähler, S. 160.
6. Falter, Hitlers Wähler, S. 163. – Vgl. den Kontrastgruppenvergleich bei Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, S. 200. – Zur Bewertung der Propaganda und des Wahlkampfes 1929 siehe Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933. Bonn 1990, S. 68.
7. Vgl. Omland, Nordmark. – Ders.: „Wie ihr wählt, so wird regiert!“. Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1919–1924. In: Zeitschrift für schleswig-holsteinische Geschichte [ZSHG] 132 (2007), S. 133–176. – Ders., „Warum wählt der Schleswig-Holsteiner nationalsozialistisch“. Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1928–1933. In: ZSHG 133 (2008), S. 133–174. – Ders., „Wie wähle ich?“. Die bürgerlichen Parteien und die Provinziallandtagswahlen in Schleswig-Holstein 1921–1933. In: Detlev Kraack/Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt (Hg.), Brückenschläge aus der Vergangenheit. Festschrift für Peter Wulf zum 70. Geburtstag. Neumünster 2008, S. 265–294 (= Studien für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, 44).
8. Vgl. die Angaben in Omland, Wie ihr wählt, S. 133–139, insb. Fn 6, S. 134.
9. Norderdithmarschen: 11,9 %; Süderdithmarschen: 12,1 %; die besten Ergebnisse errang die Partei in Gemeinden mit 4.000 bis 6.000 Einwohnern (Albersdorf: 32,1 %).
10. Eigene Berechnungen nach Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen, Bd. 26, Berlin 1930, S. 354f., unter Hochrechnung der Wahlberechtigtenzahlen für Preußen. Vgl. dazu ausführlicher: Omland, „Wie wähle ich?“ und Omland, Nordmark, S. 26–29.
11. Vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 161.
12. Peter Wulf, „Jüdische Weltherrschaftspläne“. Antisemitismus in bürgerlichen und bäuerlichen Parteien und Verbänden in Schleswig-Holstein zu Beginn der Weimarer Republik. In: ZSHG 128 (2003), S. 149–183. – Rietzler, Nordmark, S. 100–104.
13. Rietzler, Nordmark, S. 48–52.
14. Vgl. die Zusammenfassung von Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, Kehrseite der Modernisierung. Die Krise in der Landwirtschaft und Industrie. In: Gerhard Paul/Uwe Danker/Peter Wulf (Hg.), Geschichtsumschlungen. Sozial- und Kulturgeschichtliches Lesebuch Schleswig-Holstein 1848–1948. Bonn 1996, S. 185–191. – Zur Wertfenkrise: Friedrich Stamp, Arbeiter in Bewegung. Die Geschichte der Metallarbeitergewerkschaften in Schleswig-Holstein. Malente 1997, S. 104–112. – Zu den Auswirkungen in der Großstadt Kiel siehe Sabine Stahmer-Wusterbarth, Not und Elend in der Endphase der Weimarer Republik in Kiel. In: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 82 (2006), S. 209–308.
15. Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932. Stuttgart 1967, S. 139–147. – Wulf, Antisemitismus, S. 152–161.
16. Heberle, Landbevölkerung, S. 153ff. – Gerhard Stoltenberg, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1963, S. 159ff.
17. Vgl. dazu den Aufsatz von Alexander Otto-Morris im vorliegenden Heft, S. 54–73.
18. Zu den Milieüffnern siehe Sebastian Lehmann, Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite. Bielefeld 2007, S. 54–56 und ein biografisches Beispiel auf S. 87–89.
19. Paul, Aufstand, S. 38–39 – Vgl. Dirk Lau, Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930. Mainz 1995. – Zusammenfassend siehe Uwe Danker/Astrid Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus. Neumünster 2005, S. 24.
20. Zur Finanzierung der NSDAP siehe Lehmann, Kreisleiter, S. 72–76.
21. Wolfram Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteienpolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1996, S. 353ff. – Vgl. dazu Rietzler, Nordmark, S. 402ff.

22. Zur Person Reventlows siehe: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Band 7. Neumünster 1985, S. 221-223. – Joachim Lilla, Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Düsseldorf 2004, S. 508f. – Zur Person Lohses siehe Uwe Danker, Oberpräsidium und NSDAP-Gauleitung in Personalunion: Hinrich Lohse. In: Nationalsozialistische Herrschaftsorganisation in Schleswig-Holstein. Kiel 1996, S. 23-44 (= Gegenwartsfragen, 79)
23. Siehe dazu Omland, Nordmark, S. 41-45 (Strategiewechsel, Zielgruppenorientierung).
24. Zur Entwicklung in Dithmarschen siehe Uwe Karstens, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Dithmarschen 1925–1933. Masch. Staatsexamensarbeit Kiel 1984.– Zum Ausbau und zur Propaganda siehe u.a. die kartografischen Darstellungen bei Kay Dohnke, Nationalsozialismus in Norddeutschland. Ein Atlas. Hamburg/Wien 2001, S. 12-15 (Ortsgruppen Gründungen) und S. 30-31 (Plattdeutsch im Propagandaeinsatz).
25. Markus Oddey, Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Struktur – Wahrnehmung – Herrschaftsakzeptanz. Eutin 2006, S. 71-74. – Am Beispiel Kiels: Richard F. Hamilton, The Rise of Nazism: A Case Study and Review of Interpretations – Kiel 1928–1933. In: German Studies Review 26/1 (2003), S. 43-61.
26. Danker/Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, S. 24.
27. Paul, Aufstand, S. 133-140, hier S. 140. – Vgl. dazu das Beispiel Altona in Anthony McElligott, Contested City. Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona 1917–1937. Ann Arbor 1998, S. 163-197.
28. Zum Konflikt um den antigouvernementalen Kurs siehe Uwe Karstens, Der Fall „Grantz“. Innere Kämpfe in der dithmarschen NSDAP 1929/30. In: ZSHG 112 (1987), S. 215-233.
29. Robert Bohn, Geschichte Schleswig-Holsteins. München 2006, S. 107.
30. Danker/Schwabe, Schleswig-Holstein und der Nationalsozialismus, S. 40 und S. 42.
31. Vgl. dazu die Karte 1 in Omland, Nordmark, S. 12, sowie Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen, S. 67-79.
32. Frank Bajohr, Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969). In: Frank Bajohr/Joachim Szodrynski (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen. Hamburg 1995, S. 85, Fußnote 7 sowie die Ausführungen in der Einleitung, S. 10-12.
33. Reichsweit fanden die Wahlen bereits am 6. Juni 1920 statt, wurden aber in Schleswig-Holstein und einigen Regionen Ostpreußens erst im Februar 1921 durchgeführt.
34. *Ostholsteinisches Tageblatt*, Eutin; *Plöner Wochenzeitung* (Tageblatt), Plön.
35. Vgl. dazu Wulf, Antisemitismus, S. 161-168. – Vgl. zum Antisemitismus im Kaiserreich: Stefan Scheil, Die Entwicklung des politischen Antisemitismus in Deutschland zwischen 1881 und 1912. Eine wahlgeschichtliche Untersuchung. Berlin 1999, S. 19 und 22-23. – Vgl. auch: Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten. Bearbeitet von Carl-Wilhelm Reibel. Düsseldorf 2007, Halbband 1, S. 141-150 und S. 546-582.
36. Eigenen Berechnungen nach Landesarchiv Schleswig [LAS] 301/5407 und Schätzungen der Wahlberechtigten anhand von Zeitungsquellen sowie anderen Überlieferungen. Vgl. die Tabelle in Omland, Wie ihr wählt, S. 145.
37. RTW 1921, DNVP: Breklum (59,3 %), Viöl (50,9 %), beide Kreis Husum. (Eigene Berechnungen nach StDR, Bd. 291, Heft III, Berlin 1922, S. 21-23). – Ein Vergleich zwischen der DNVP und NSDAP nach Quartilen geordnet findet sich in Omland, Nordmark, S. 44 für 1924–1933.
38. Von allen VSB-Wählern im Mai 1924 waren etwa 39 % ehemalige Nichtwähler, 14 % ehem. DNVP-, 14 % ehem. DVP-, 13 % ehem. SPD- und 6 % ehem. SHLP-Wähler vom Februar 1921 gewesen. Im ländlichen Raum stieg der Anteil der ehemaligen SHLP-Wähler sogar auf knapp 14 % an. – Vgl. Omland, Nordmark, Grafik S. 19.
39. Vgl. Omland, Wie ihr wählt, S. 150. In der dortigen Fußnote finden sich weitere Literaturhinweise. – Zur taktischen Rücknahme eines offenen und offensiven Antisemitismus innerhalb der Propaganda der NSDAP nach der Reichstagswahl 1928 siehe Paul, Aufstand, S. 87-88.

40. Eigene Berechnungen nach LAS 301/5407, vgl. Tabelle in Omland, *Wie ihr wählt*, S. 145.
41. Ländliche Restbezirke Kreis Husum: 23,2 % (DNVP: 19,2 %); ländliche Restbezirke Kreis Schleswig: 16,8 % (DVP: 16,9 %).
42. Vgl. die Übersicht bei Omland, Nordmark, S. 46-47.
43. Von allen SHLP-Wählern 1921 stimmten 1924 etwa 10 % für den VSB, 20 % für die DNVP, 10 % für die DVP und 40 % enthielten sich der Stimme.
44. Jürgen W. Falter, *Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928*. In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft*. Bonn 1998, S. 484-504, hier S. 488-490.
45. Vgl. beispielsweise Heberle, *Landbevölkerung*, S. 56-60 und 108-111.
46. Die Statistik des Deutschen Reichs ermöglicht die Auswertung von Gemeinden ab 2.000 Einwohnern sowie der ländlichen Restbezirke, d.h. aller Gemeinden unter 2.000 Einwohnern (Dörfer) pro Kreisgebiet. Sortiert man diese Gebietseinheiten (i.d.R. 115 bis 120 pro Wahljahr) nach Prozentanteilen der Parteien, lassen sich die absoluten und relativen Mehrheiten bzw. die schwächsten und stärksten Parteien flächendeckend ermitteln. Die DNVP war 1921 in 50 von 121, im Mai 1924 in 74 von 120 und im Dezember 1924 in 69 von 118 Gebietseinheiten stärkste Partei geworden. – Im Vergleich der drei Parteien DNVP, DVP und DDP sieht es ähnlich aus: 1921 war die DNVP in 57, die DVP in 51 und die DDP in 11 Gemeinden und ländlichen Restbezirken stärkste unter diesen Parteien. Und im Dezember 1924 konnte die DDP lediglich in Tönning noch mehr Stimmen holen als DNVP und DVP zusammengezählt.
47. Das galt für den Zeitraum 1921, 1924 Mai, 1924 Dezember bei Einteilung der Gemeinden nach Einwohneranzahl. Die DDP konnte selbst in ihren relativen Hochburgen (Gemeinden von 10.001 bis 20.000 Einw.) die DVP nicht verdrängen. – Auch ein Vergleich nach Quartilen für die Reichstagswahl 1928 erbringt dieselben Ergebnisse.
48. 1928 siegte die SPD flächendeckend, so dass die DNVP lediglich in 23 von 115 Gebietseinheiten die stärkste von allen (!) Parteien wurde. Gleichzeitig hatten DNVP und DVP in 60 von 115 Gebietseinheiten zusammengezählt am meisten Stimmen von allen Parteien erhalten, was den Wahlsieg der SPD relativiert. Zudem war die DNVP in 85 von 115 Gebietseinheiten immer noch stärker als alle zusammengezählten Interessenparteien (Wirtschaftspartei, DBP, VRP, CNBLP, Andere).
49. Die Haltequoten der DNVP waren in den agrarisch-ländlich geprägten Regionen dabei immer noch um einiges höher als in den urban geprägten Regionen. Für DVP und DDP sind hier keine signifikanten Unterschiede erkennbar.
50. Von 1924 auf 1928 verlor die DDP 35 % ihrer Wähler ans Nichtwähler-Lager, konnte nur 17 % halten und verlor zudem 16 % an die Wirtschaftspartei. Damit hatte nur noch 1/6 der Wählerschaft von 1924 sie wieder gewählt, womit sich die Partei faktisch innerlich aufgelöst hatte, ohne dass dies sich im Wahlergebnis so offensichtlich für die Partei erkennen ließ.
51. Rangfolge für die Parteien in Schleswig-Holstein gemessen an ihren Ergebnissen in Prozent der Wahlberechtigten in den 35 Wahlkreisen (1921, 1924 Mai, 1924 Dezember, 1928): DNVP: 8./6./4./7.; DVP: 10./12./7./5.; DDP: 16./8./7./9. – Zur DDP in Preußen siehe Joachim Stang, *Die Deutsche Demokratische Partei in Preussen 1918–1933*. Düsseldorf 1994, S. 381-385 (zur Verteilung der Ergebnisse in abg. gültigen Stimmen auf die preußischen Wahlkreise).
52. Vgl. den kartografischen Anhang bei Falter/Lindenberger/Schumann, *Wahlen*, S. 220 ff. für 1928 (SPD, DDP, DVP, DNVP) – Alfred Milatz, *Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik*. Bonn 1968. Kartenanhang für 1920 und 1924 Dezember. – Anm.: Die Karten bei Falter sind vorzuziehen, da diese die Regionen nach Quintilen abbilden, so dass die Zusammenhänge deutlicher herausgearbeitet werden als bei Milatz; letztere sind dafür farbig.
53. Sie errang 2,6 % der Stimmen der Wahlberechtigten, während sie noch im Dezember 1924 6,6 % erhalten hatte. Vgl. ausführlicher Omland, „*Wie wähle ich?*“.
54. Vgl. dazu Peter Wulf, *Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928–1932*. Köln/Opladen 1969, S. 46-53.

55. Eigene Berechnungen nach StDR, Bd. 332, S. 6f., S. 13 und S. 26 (Volksentscheid Fürsteneignung) sowie der StDR, Bd. 315, Heft IV, Berlin 1925, S. 25ff. (RTW Dez. 1924).
56. Der Verfasser bereitet derzeit einen Aufsatz zu den Volksbegehren und Volksentscheiden vor und geht nach bisherigen Erkenntnissen von der Stimmigkeit dieser Hypothese aus. Eine sehr kurze Darstellung findet sich in Omland, „Warum wählt der Schleswig-Holsteiner nationalsozialistisch“, S. 133-135. – Vgl. zur Position der NSDAP: Paul, Aufstand, S. 62.
57. Vgl. dazu Rietzler, Nordmark, S. 408. – Vgl. reichsweit: Paul, Aufstand, S. 85.
58. Rietzler, Nordmark, S. 411f. Der Autor weist u.a. auf die Propagandaveranstaltung Hitlers am 10.12.1927 in Hamburg hin, zu der die schleswig-holsteinische NSDAP gemeinsam mit den drei bäuerlichen Verbänden erfolgreich 4.000 Menschen mobilisierte. – Zur Landagitation siehe Paul, Aufstand, S. 139-140.
59. Vgl. dazu Omland, Nordmark, S. 41-48.
60. Vgl. Omland, Nordmark, Tabellen 3, 5 und 6, S. 44ff. – Zu den Interessenparteien siehe ebd., S. 38-41.
61. Vgl. die Karten zu 1928, 1929 und 1930 bei Omland, Nordmark, und ders. „Warum wählt der Schleswig-Holsteiner nationalsozialistisch“.
62. Für die ProvLTW sind zentral keine Ergebnisse auf Gemeindeebene überliefert worden, so dass hier ein Kreisgebietsvergleich angestellt wird. Regionalforschungen haben aber ergeben, dass sich die größten Anstiege je nach Kreisgebiet eher in ganz bestimmten Dörfern und Gemeinden abspielten, ohne sich auf Kreisebene nachvollziehen zu lassen.
63. Vgl. etwa Peter Heinacher, Der Aufstieg der NSDAP im Stadt- und Landkreis Flensburg (1919–1933). Flensburg 1986, S. 273ff., und Wilhelm Koops, Südtondern in der Zeit der Weimarer Republik (1918–1933). Neumünster 1993, S. 236ff., sowie Susanne Kischewski, Der Aufstieg der NSDAP in der Stadt Neumünster und im Landkreis Bordsesholm. Kiel 1992.
64. Falter, Hitlers Wähler, S. 124f. und S. 360-363. – Vgl. die Wahlkartografie zu Hindenburg 1925 und 1932 im Anhang bei Milatz, Wähler.
65. Um Falters Vergleich auf Basis der Korrelationsbeziehungen qualitativ für Schleswig-Holstein nachzuvollziehen, bräuchte es neben den vorliegenden Ergebnissen für die RTW vom Dezember 1924 auf Gemeindeebene dieselben Daten für alle anderen Urnengänge (Reichspräsidentenwahl RPW 1925, Volksentscheid 1929, RPW 1932). Doch sind diese nur auf Kreisebene vorhanden. Zwar liefern Korrelationsberechnungen auf dieser sehr kleinen Datenbasis (N=24) ähnliche Tendenzen wie bei Falter (S. 125, Übersicht 5.3.), doch sollte man bei der Interpretation vorsichtig sein.
66. Vgl. Anm. 37.
67. Der „Ausreißer“ bei der DNVP im Mai 1924 (Kreis Schleswig) könnte darauf beruhen, dass hier die DVP ihr zweitstärkstes Ergebnis in Schleswig-Holstein erreichte. Das überraschend niedrige Ergebnis beim Volksentscheid 1929 in Süd-Tondern hat regionale Gründe. Koops konstatiert hier eine resignative Protesthaltung, die zur Wahlenthaltung führte und mangelnde Propaganda seitens der NSDAP: Koops, Südtondern, S. 293.
68. Torsten Schneider/Wolfram Schulz, Die Wählerschaft der NSDAP in Kiel. In: Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Band II, Kiel 1987, S. 249ff. (insb. S. 254 und S. 258). Die Autoren beklagen selbst zu Recht das Fehlen der Wahlberechtigtenanzahl für die ausgewerteten knapp 160 Wahllokale Kiels. Ob die vorgenommenen Berechnungen mittels der ökologischen Regressionsanalyse tatsächlich valide Ergebnisse hervorgebracht haben, muss bis zur Anwendung einer anderen Methode offen bleiben. Der Verfasser möchte aber der von den Autoren geäußerten These, dass die KPD-Wählerschaft eine höhere Wechselbereitschaft zur NSDAP aufwies als die der SPD, angesichts der Wählerwanderungsergebnisse für Schleswig-Holstein deutlich widersprechen.
69. Heberle, Landbevölkerung, S. 57-61.
70. Oddey, Unter Druck gesetzt, S. 72. – Hamilton, The Rise of Nazism, S. 49-50.
71. Die *SHTZ* brachte vor dem II. Wahlgang jeweils an jedem Tag auf Hitler personalisierte Titelschlagzeilen (31.3 bis 7.4.1932). Die letzten folgten auf den Karfreitag und Ostersonntag

mit der Schlagzeile „Sieg der Wahrheit! Adolf Hitler sprach...“ sowie Ostersonntag mit „Wählt Adolf Hitler!“. – Vgl. dazu Paul, *Aufstand*, S. 95-99.

72. Stadt- und Landkreis Flensburg, Kreise Süd-Tondern und Lauenburg. Vgl. dazu Heina-cher, Flensburg, S. 357-362; Koops, Südtondern, S. 376-383 und Hansjörg Zimmermann, *Wahlverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918–1933. Ein Kreis zwischen Obrigkeitsstaat und Demokratie*. Neumünster 1978, S. 461ff.

73. Dort hatte die DNVP dank der publizistischen Unterstützung der in Plön erscheinenden *Ostholsteinischen Zeitung* die Meinungsführerschaft inne. Vgl. Oddey, *Unter Druck gesetzt*, S. 159ff. – Zur Unterstützung Hindenburgs durch Zeitungsverleger siehe auch ebd., S. 165ff.

74. *SHTZ*, 15.3.1932: „Die Nordmark steht bei Hitler!“.

75. Zuerst hob man auf Kiel, Steinburg und Pinneberg ab, es folgte die Aufzählung von Land-kreis Flensburg, Eckernförde, Oldenburg und Lauenburg, um sich dann nach der Nennung der alten Hochburgenkreise über den Erfolg in Südtondern zu freuen. *SHTZ*, 15.3.1932: „Die Nordmark steht bei Hitler!“

76. In abgegebenen gültigen Stimmen lag Schleswig-Holstein im März 1932 auf Platz 1 (42,7 %), im April 1932 auf Platz 2 (48,8 %) aller Wahlkreise (nach Pommern 52,6 %). In Prozent der Wahlberechtigten lag Hitler im März und April 1932 in Schleswig-Holstein vor allen anderen Wahlkreisen (37,1 % bzw. 42,0 %). – Vgl. *StDR*, Bd. 427, Berlin 1932, S. 6f., sowie eigene Berechnungen.

77. Vgl. den Kommentar in der *SHTZ*, 17.3.1932: „Die Arbeiter haben Hitler gewählt!“.

78. *SHTZ*, 22.3.1932: „Schlagt das System!“ mit einem ausführlichen Bericht von der Gauta-gung vom 20. März in Neumünster. – Im Artikel wird deutlich, dass Gauleiter Lohse auch auf taktische Fehler im Wahlkampf hinwies, ohne diese zu benennen, um den politischen Gegner nicht unnötig zu informieren.

79. *Kieler Neueste Nachrichten*, 12.4.1932: „Der Wahlausgang“. – Vgl. auch den Kommentar in den *KNN*, 15.3.1932: „Nach dem ersten Wahlgang“.

80. *SHVZ*, 15.4.1932: „Hochverrat an der Arbeiterklasse“. – Die Wahlforschung geht davon aus, dass die KPD-Anhänger im II. Wahlgang noch weniger als SPD-Wähler zu Hitler umge-schwenkt sind, sondern vielmehr Wahlenthaltung geübt haben. Vgl. dazu etwa Dirk Hänisch, *The NSDAP-Voters in Sachsen*. In: Claus-Christian W. Szejnmann, *Nazism in Central Germa-ny. The Brownshirts in 'Red' Saxony*. New York/Oxford 1999.

81. Die Schätzungen basieren auf dem Logit-Modell von Sören Thomsen und entstammen einer konstruktiven Zusammenarbeit mit Dr. Dirk Hänisch, Bonn. Ihm möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal für die jahrelange Kooperation bei diesem Thema danken. – Vgl. Sören D. Thomsen, *Danish Elections 1920–1979. A Logit Approach to Ecological Analysis and Inference*. Århus 1987.

82. Im Kern finden sich alle wichtigen Elemente in den drei Aufsätzen des Verfassers wieder: „Die Nordmark steht zu Hitler!“, „Wie ihr wählt, so wird regiert!“, „Warum wählt der Schles-wig-Holsteiner nationalsozialistisch“.

83. Vgl. zur Reichstagswahl vom 5. März 1933 die Ausführungen bei Frank Omland, „Du wähltst mich nicht Hitler!“. *Reichstagswahlen und Volksabstimmungen in Schleswig-Holstein 1933–1938*. Hamburg 2006, S. 17-25.

Der Autor

Frank Omland, geb. 1967, Dipl.-Sozialpädagoge, wohnhaft in Hamburg. Seit 1991 aktives Mitglied im AKENS, seit 2003 im Vorstand. Veröffentlichungen u.a.: „Du wähltst mich nicht Hitler!“. *Reichstagswahlen und Volks-abstimmungen in Schleswig-Holstein 1933–1938* (Hamburg 2006), div. Aufsätze zum Forschungsschwerpunkt Wahlen und Abstimmungen 1919–1933 in Schleswig-Holstein.